

Welchen Preis zahlen die Niederlande für die Energiepreisobergrenze?

Dr. Pim Jansen ist Associate Professor in Innovation of Public Law an der Erasmus Universität Rotterdam.

Prof. Dr. Leonie Reins ist Professor of Public Law and Sustainability an der Erasmus Universität Rotterdam.

Das niederländische Kabinett stellt zweistellige Milliardenbeträge für die Preisobergrenze für Energie bereit, die am 1.1.2023 in Kraft treten soll. Die Abgeordneten befürchten, dass unnötig viel Geld an die Energiekonzerne fließt, weil die Regierung nicht kontrollieren kann, wie hoch eine angemessene Marge für die Energieversorger ist. Der Minister für Klima und Energie, Rob Jetten, hat die niederländische Behörde für Verbraucher und Markt (ACM) gebeten, eine „angemessene Marge“ für die Energieversorger zu bestimmen, aber die ACM hat den Auftrag unerwartet zurückgegeben. Wie ist diese Reaktion von ACM zu interpretieren?

Minister Jetten bat die ACM um eine Empfehlung für eine objektive und faktenbasierte angemessene Marge für Energieversorger, die für die Lieferung von Energie im Rahmen der Preisobergrenze subventioniert werden. Die Subvention sollte die Kosten und eine gute Marge für die Lieferung von Strom und Gas decken, soweit die Einnahmen aus der Preisobergrenze nicht ausreichen. ACM hat mehrere Optionen für die Bestimmung einer angemessenen Marge geprüft und diese mehrfach mit externen Beratern besprochen.

ACM kommt zu dem Schluss, dass es nicht möglich ist, dem Beratungsersuchen des Ministeriums nachzukommen. Der Hauptgrund dafür ist, dass ACM angemessene Margen auf der Grundlage historischer Daten ermittelt. Die aktuellen Marktbedingungen weichen jedoch stark von der jüngsten Vergangenheit ab. Deshalb ist die ACM nicht in der Lage, eine angemessene Marge auf der Grundlage historischer Daten von Energieversorgern zu ermitteln. ACM wies Jetten darauf hin, dass das Ministerium eine angemessene Marge festlegen könne, die nicht auf historischen Marktdaten basiere. Dies erfordere jedoch eine politische Debatte.

ACM hat besondere Befugnisse, um die Effizienz der Energieversorger zu gewährleisten. Stellt sich heraus, dass der Lieferant zu viel Geld zusätzlich zu seinen Kosten verlangt, kann ACM eine Preissenkung verlangen. Wenn dieser Forderung nicht nachgekommen wird, kann die ACM einen Höchstpreis vorschreiben. Die Forderung von Minister Jetten – eine allgemeine angemessene Marge für alle Energielieferanten – entspricht jedoch nicht dem, was die ACM normalerweise berechnet. Dieses System ist bereits für ein einzelnes Unternehmen komplex und zeitaufwendig, sodass die Forderung von Minister Jetten an die ACM noch schwieriger auszuführen ist, da die ACM die Informationen über Kosten und Einnahmen von Dutzenden von Energieversorgern einholen muss. Es ist im Vorfeld nicht klar, wie die angemessenen Kosten eines sog. effektiven Geschäftsbetriebs berechnet werden sollen, zumal die gegenwärtigen Marktbedingungen nicht repräsentativ sind.

Fazit: Der Ball liegt wieder bei Minister Jetten. In der Zwischenzeit schlägt Jetten vor, die Energieunternehmen auf der Grundlage des Verbraucherpreises zu entschädigen, zumindest vorerst bis zum 1.3.2023. Gleichzeitig soll eine externe Partei eine angemessene Marge festlegen. Aber selbst diese externe Partei kann keine politische Einschätzung darüber abgeben, was eine angemessene Marge sein könnte. Zu gleicher Zeit sind Bedenken des Ministeriums aufgetaucht, dass der Plan von Jetten eine staatliche Beihilfe darstellen könnte. Dies wird in den kommenden Wochen in enger Abstimmung mit der Kommission geklärt werden müssen. Kurzum, Fortsetzung folgt.